

## **Leihmutterschaft international verbieten: Plattform Kinderbekommen.at zeigt sich schockiert über die Zustände in der Ukraine**

*Die aus vier Organisationen bestehende Plattform Kinderbekommen.at fordert angesichts der schockierenden Bilder aus der Ukraine ein internationales Verbot der Leihmutterschaft.*

Wien, 5. Juni 2020. „Lassen wir nicht zu, dass der Kinderwunsch der reichen Länder zu unermesslichem Leid in ärmeren Ländern führt. Wir brauchen ein internationales Verbot der Leihmutterschaft, um dem Kinderhandel ein Ende zu setzen“. Das fordern die vier Organisationen Katholischer Familienverband, Katholische Aktion, *aktion leben* und die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Verbände (AKV), die sich 2015 zur „Plattform kinderbekommen.at“, zusammengeschlossen haben.

Wie medial berichtet ist die Situation von Leihmüttern und ihren Kindern in der Ukraine besorgniserregend. Zahlreiche neugeborene Babys müssen seit Wochen in Krankenhäusern ausharren, weil ihre „Auftraggeber“ durch die Corona Krise derzeit nicht einreisen dürfen, um sie abzuholen.

### **Leihmutterschaft ein riesiges Geschäft**

„Was die Bilder aus der Ukraine unter anderem vermitteln, ist die Dimension von Leihmutterschaft. Es ist ein riesiges Geschäft, das sehr professionell aufgezogen worden ist - in Ländern, in denen die Armut groß und die Schutzbestimmungen niedrig sind. Wir brauchen deshalb ein internationales Verbot. Wir müssen außerdem viel mehr informieren in den Zielmärkten wie Österreich“, betont Martina Kronthaler, Generalsekretärin der *aktion leben*.

„Fünf Jahre nach der Einführung des Fortpflanzungsmedizingesetzes sind das verpflichtende Spenderregister für Eizellen- und Samenspenden ebenso ausständig wie die Begleitforschung“, kritisiert Leopold Wimmer, Präsident der Katholischen Aktion und lenkt den Blick bewusst aufs europäische Ausland: „Die Bilder, die uns derzeit aus der Ukraine erreichen, sind schockierend und herzerreißend und führen uns die Problematik der Leihmutterschaft drastisch vor Augen“, so Wimmer.

### **Kinder werden zur Ware gemacht**

Der Katholische Familienverband sieht dabei vor allem die Kinderrechtskonvention verletzt. Er appelliert an die Bundesregierung und die EU-Kommission 30 Jahre nach Einführung der Kinderrechte diese auch im Bereich Reproduktionsmedizin gelten zu lassen: „Bei der Leihmutterschaft werden Kinder zur Ware gemacht, die beliebig bestellt und im Falle einer Behinderung sogar reklamiert werden kann. Das verstößt nicht nur gegen Art. 7 der Kinderrechtskonvention, sondern macht die Kinder vorsätzlich zur Ware, die gegen Geld verkauft wird“, kritisiert die Vizepräsidentin des Katholischen Familienverbandes, Doris Wirth.

## **Internationales Verbot gefordert**

„Wir fordern sofort und unverzüglich ein internationales Verbot der Leihmutterschaft und in Österreich das Verbot der Leihmutterschaft in den Verfassungsrang zu heben“, sagt Helmut Kukacka, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände. „Frauen werden bei der Leihmutterschaft zahlreichen Risiken ausgesetzt. Gerade in ärmeren Ländern wird dabei massiv ihre wirtschaftliche Abhängigkeit ausgenutzt“, weiß auch Kronthaler von der aktion leben. „Leihmutterschaft reduziert Frauen auf ihre Gebärfähigkeit, um damit Geld zu verdienen“, sagt Wirth und lehnt Leihmutterschaft auch aus frauenpolitischer Perspektive ab.

## **Rückfragehinweis:**

### **aktion leben**

Tel.: 01.512 52 21-19

Helene.goeschka@aktionleben.at

### **Katholischer Familienverband**

Tel.: 01/ 516 11-1403

presse@familie.at